CDU FRAKTION
im Niedersächsischen Landtag

BERICHT AUS DEM LANDTAG

Ausgabe Mai 2015

Fraktion unterwegs
DIE CDU-FRAKTION ZU GAST IM HEILIGEN LAND

Fraktion unterwegs
YAD VASHEM - MAHNUNG UND VERPFLICHTUNG

Klartext
TERROR VOR DER HAUSTÜR

Interview
WAHLEN ZUM FRAKTIONSVORSTAND – IM GESPRÄCH MIT BJÖRN THÜMLER

Aus dem Parlament
TARNEN, TÄUSCHEN UND VERTUSCHEN: DAS SYSTEM WEIL

EDITORIAL



Sehr geehrte Damen
und Herren,

Förderung von Grundschulen, Erhalt der Förderschulen, Abitur nach 13 Jahren, Krankenhausplanung, Zukunft der Landwirtschaft, Bekämpfung der Kriminalität, Arbeit des Verfassungsschutzes, Schuldenbremse, Umgang mit Werkvertragsarbeitern, Flüchtlingsunterbringung - das sind nur einige der Themen, mit denen sich die CDU-Landtagsfraktion in den vergangenen Wochen und Monaten intensiv beschäftigt hat.

Gerne würden wir uns auch mit Rot-Grün über Konzepte und Ideen austauschen. Wir wollen über unsere Lösungsvorschläge diskutieren - auch streiten, wenn es sein muss. Aber SPD und Grüne verweigern sich. Sie sind nicht bereit sich dem Wettbewerb der Ideen zu stellen.

Eigene Konzepte von der Regierung oder den Fraktionen von SPD und Grüne? Fehlanzeige! Stattdessen beherrschen Skandale die politische Berichterstattung in Niedersachsen. Landespolitik ist aber mehr als Dienstwagen und Heidekönigin-nen. Lange wird die Regierung ihre inhaltliche Schwäche nicht mehr verbergen können.

Jens Nacke
Parlamentarischer Geschäftsführer

50 JAHRE DEUTSCH-ISRAELISCHE BEZIEHUNGEN:

DIE CDU-FRAKTION ZU GAST IM HEILIGEN LAND

FRAKTION UNTERWEGS

DIE CDU-FRAKTION ZU GAST IM HEILIGEN LAND

50 Jahre deutsch-israelische Beziehungen – CDU stellt eine der größten parlamentarischen Reisegruppen, die je in Israel zu Gast war – politische Gespräche zum israelisch-palästinensischen Konflikt hinterlassen viele Fragen

„Wer nicht an Wunder glaubt, ist kein Realist“, sagte einst Israels erster Ministerpräsident David Ben-Gurion mit Blick auf die Gründungszeit des jungen Staates. Ein Satz, der bis heute das Selbstverständnis Israels angesichts der schwierigen geopolitischen Lage prägt. Doch wenn es um den Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern geht, ist es so eine Sache mit dem Glauben und den Wundern. Das bekam auch die CDU-Landtagsfraktion bei ihrer siebentägigen Reise durch Israel und Palästina deutlich zu spüren. Angereist waren die CDU-Politiker mit dem Ziel, die politische Situation vor Ort zu sehen und sich einen Eindruck von der Lebenswirklichkeit in der krisengeschüttelten Region zu machen. Anlass war die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und der Bundesrepublik vor 50 Jahren. Mit 41 Abgeordneten stellte die CDU-Landtagsfraktion eine der größten parlamentarischen Reisegruppen, die je im Heiligen Land zu Gast waren.



Vor wenigen Jahren auf dem See Genezareth noch undenkbar: Die deutsche Fahne flattert am Mast direkt neben der israelischen.

Deutschland trägt historische Verantwortung für Israel

„Die Diskussion über den Konflikt zwischen Israel und Palästina bestimmt in Teilen auch die politische Debatte hier bei uns. Angesichts des unendlichen Leids, das das nationalsozialistische Deutschland über die jüdische Bevölkerung Europas gebracht hat, trägt die Bundesrepublik eine historische Verantwortung für die legitimen Sicherheitsinteressen Israels“, sagt Fraktionschef Björn Thümler. „Das Existenzrecht Israels wird sich aber auf Dauer nur sichern lassen, wenn auch das Recht der Palästinenser auf einen eigenen Staat anerkannt wird.“ Doch die politischen Gespräche mit beiden Seiten machten schnell deutlich: Die Fronten sind nach wie vor verhärtet – das Wunder, die Lösung des Konflikts, noch immer in weiter Ferne.
„Die politischen Gespräche werden frustrierend sein“, prophezeite Khouloud Daibes, palästinensische Botschafterin und ehemalige Tourismusministerin der Palästinensischen Autonomiebehörde, schon beim Vorbereitungsabend vor dem Abflug aus Berlin. Auch Nahostexpertin und Chefredakteurin der Zeitung Internationale Politik, Sylke Tempel, dämpfte im Voraus zu hohe Erwartungen: „Das Besondere an diesem Konflikt ist, dass wir das Ziel kennen – die Zwei-Staaten-Lösung. Aber der Weg dahin ist verbaut.“ Seit den Wahlen in Israel sei die Situation nicht leichter geworden.

Ein Konflikt – zwei Perspektiven

Verständnis für beide Seiten des Konflikts zu entwickeln – darum sollte es bei den politischen Gesprächsterminen in Israel und im palästinensischen Autonomiegebiet gehen. Nachvollziehbare Argumente für ihren jeweiligen Standpunkt präsentierten tatsächlich beide Konfliktparteien:
Da ist zum Beispiel der Palästinenser Daher Nasser, der erzählt, wie die israelische Armee die Zufahrt zu seinem Grundstück von einem Tag auf den anderen mit Steinen blockierte. Angeblich aus Sicherheitsgründen. Jetzt führt nur noch eine buckelige Piste zum internationalen Begegnungszentrum „Tent of Nations“, das Nasser in der



Eine besondere Ehre: Rami Hamdallah, Premierminister der Palästinensischen Autonomiebehörde, empfing Fraktionschef Björn Thümler und Landtagspräsident Bernd Busemann.



An der Grenze zum Libanon: Major Arye Shalicar erläutert die prekäre Sicherheitslage Israels.

Nähe von Bethlehem betreibt. Ein Fall von alltäglicher Schikane, der auch die EU zum Protest gegen Israel veranlasst hat.
Einer der Hauptkonfliktpunkte im Friedensprozess ist nach wie vor die israelische Siedlungspolitik. „Wir sind der Zwei-Staaten-Lösung verpflichtet. Doch Israel tut derzeit wenig für den Friedensprozess“, sagt der Premierminister der Palästinensischen Autonomiebehörde, Rami Hamdallah, im Rahmen eines Gesprächstermins mit Fraktionschef Björn Thümler und Landtagspräsident Bernd Busemann. „Aber wie sollen wir eine realistische Perspektive entwickeln für ein Miteinander von zwei Staaten, mit all diesen Siedlungen?“ Auch die CDU-Fraktion lehnt das Vorgehen Israels in diesem Punkt entschieden ab. „Die Siedlungspolitik ist falsch“, betont Thümler. „Ebenso inakzeptabel ist die Trennmauer zwischen dem Autonomiegebiet und Israel. Mauern trennen – das kennen wir aus der deutschen Geschichte.“

Israel fühlt sich bedroht: von Innen und Außen

Eindrücklich sind aber auch die Schilderungen von Major Arye Shalicar, Sprecher der israelischen Armee, der der Fraktion auf den Golan-Höhen - an der Grenze zum Libanon, die konstante Bedrohungslage erklärt, in der Israel sich seit seiner Entstehung bewegt. Da ist natürlich der Konflikt mit den Palästinensern: Die Raketentests der Hamas über dem Mittelmeer würden laut Shalicar deutlich machen, dass die Terrororganisation im Gaza-Streifen nicht bereit ist, auf einen friedlichen Kurs einzuschwenken. Obgleich Israel mit der deutlich gemäßigteren Fatah mittlerweile in vielen Punkten zusammenarbeitet, scheint ein Rückzug aus den Palästinensergebieten derzeit nicht realistisch. Zumal Israel damit in der Vergangenheit keine guten Erfahrungen gemacht habe, wie der Major berichtet. Nach dem Rückzug von der Sinai-Halbinsel 1979, aus dem Südlibanon im Jahr 2000 und aus dem Gaza-Streifen 2005 seien die Aggressionen gegen Israel aus den betreffenden Regionen weiter angestiegen.

Gleichzeitig sieht sich Israel an seinen Außengrenzen mit weiteren Konfliktherden konfrontiert: im Libanon droht die Hisbollah mit zehntausenden Kämpfern und einem Raketenarsenal, das Israel bis ins Mark treffen könnte; in Syrien richten das Assad-Regime und der so genannte Islamische Staat einen grausamen Völkermord an. Mit Blick auf den Libanon warnte Major Shalicar: „Man spürt, dass etwas in der Luft liegt. Davor hat jeder Angst.“

Rückreise mit mehr Fragen als Antworten

Am Ende der Reise steht die Erkenntnis: Ja, man kann beide Seiten verstehen. Es bleibt aber auch eine Frage, die schließlich Fraktionsvize Dirk Toepffer beim Besuch in der Dar Al-Kalima Universität in Bethlehem formuliert: „Bemüht sich hier eigentlich irgendjemand um Verständnis für den anderen?“ Denn während Israelis wie Palästinenser nicht müde werden, die Missetaten des jeweils anderen aufzulisten, wartet man auf die Einsicht eigener Verfehlungen und Mitleid für die Opfer der Gegenseite meist vergeblich. Derweil schwindet die Zuversicht in die Realisierung der Zwei-Staaten-Lösung auf beiden Seiten rapide.
„Um einer Lösung näher zu kommen, müssen im Endeffekt beide Seiten nachgeben. Es muss weiter intensiv an einer Zwei-Staaten-Lösung oder einer förderalen Lösung für Palästina gearbeitet werden“, resümiert Fraktionschef Björn Thümler. „Dafür muss die israelische Siedlungspolitik in ihrer gegenwärtigen Form verändert werden. Vor allem müssen die schlechten Lebensbedingungen vieler Palästinenser verbessert werden, um den Konflikt mit Israel nicht immer neu zu befeuern.“

Reise der besonderen Gesten

In politischer Hinsicht reisten die CDU-Politiker also mit mehr Fragen als Antworten in die niedersächsische Heimat zurück. Mitgenommen haben sie aber auch unvergessliche Erlebnisse.



Die CDU-Reisegruppe am See Genezareth.



Stimmungsvoller Ausklang einer eindrucksvollen Reise: Den letzten Abend verbrachte die Reisegruppe im Kreuzgang der Erlöserkirche mitten in der Altstadt Jerusalems.

Denn es war auch eine Reise der besonderen Gesten. So zum Beispiel, als bei einer Bootsfahrt über den See Genezareth zu Ehren der Fraktion die deutsche Fahne neben der israelischen gehisst und die deutsche Nationalhymne gespielt wurde. Ein Bild, das noch vor zehn Jahren undenkbar gewesen wäre. Eine Geste die zeigt, was 50 Jahre deutsch-israelische Zusammenarbeit bewegt haben.
Laut einer aktuellen Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) haben rund 70 Prozent der Israelis eine positive bis sehr positive Haltung zu Deutschland. Kein anderes europäisches Volk ist in Israel so beliebt, wie die Deutschen. Knapp 80 Prozent der Israelis betrachten Deutschland als wichtigen Partner Israels. Gleichzeitig sehen sowohl Israelis als auch Palästinenser in der Bundesrepublik einen „ehrlichen Makler", der als Vermittler zwischen ihnen fungieren kann und wünschen sich ein stärkeres Engagement Deutschlands im Nahost-Konflikt. Auch die wiederholt klare Positionierung von Bundeskanzlerin Merkel gegen den jüdischen Siedlungsbau ändert an dieser Einstellung auf israelischer Seite bemerkenswerter Weise nichts.

Die Zukunft des deutsch-israelischen Verhältnisses

Ausruhen dürfe man sich auf diesen Umfrage-Ergebnissen aber nicht, warnt Dr. Michael Borchard, Chef des KAS-Büros in Jerusalem. Angesichts der unterschiedlichen Lebensrealitäten der jungen Generationen in Israel und Deutschland, gehe die Einstellung zu Themen wie Krieg, Religion und Nationalismus weit auseinander. Besorgniserregend sei zudem, dass der Anteil junger Israelis, die ultraorthodox und nationalistisch sind, stark ansteige. „Je jünger und religiöser die Befragten sind, desto deutlicher tendieren sie dazu, Deutschland kritischer zu betrachten", so Borchard. Im Hinblick auf die Zukunft des deutsch-israelischen Verhältnisses gelte es, die guten Erfahrungen in der politischen Zusammenarbeit auf die Zivilgesellschaft zu übertragen – dazu bedürfe es einer differenzierten gegenseitigen Wahrnehmung und mehr Verständnisses für das jeweilige Gegenüber.
„Wir haben während unserer Reise zu keinem Zeitpunkt Ablehnung oder Feindseligkeit aufgrund unserer Herkunft erfahren. Im Gegenteil: Überall, wo wir hinkamen, sind wir außerordentlich freundlich empfangen worden", betont Fraktionschef Björn Thümler. „Wir dürfen das gute Verhältnis zwischen Deutschland und Israel nicht als selbstverständlich hinnehmen. Gleichwohl bin ich der Meinung, dass wir anfangen müssen, die Beziehung zwischen den beiden Staaten, die ja im Wesentlichen von der Shoa geprägt ist, auf eine neue Grundlage zu stellen. Nur so hat auch die jüngere Generation die Chance, in eine neue Form der Erinnerungskultur hineinzuwachsen."

Zu guter Letzt – der Dank der Fraktion:
Der inhaltliche und organisatorische Erfolg der Reise hat viele Mütter und Väter. Wir danken im Besonderen Dr. Yazid Shammout, Vorsitzender der Palästinensischen Gemeinde in Hannover, der viele Türen geöffnet hat und eine wertvolle organisatorische Hilfe war. Weiterhin möchten wir uns bei der Deutschen Botschaft in Israel, bei der Deutschen Vertretung in Palästina sowie bei den Vertretungen der KAS in Israel und Palästina bedanken, die eine unglaublich gute und wertvolle Arbeit vor Ort leisten. Sie waren für uns stets ansprechbar und hilfsbereit bei Organisation sowie Durchführung der Reise. Ein großes Dankeschön möchten wir auch nach Israel an unsere wunderbaren Reiseführer Anna, Rosa und Addy von Amiel senden!

Die CDU-Landtagsfraktion

FRAKTION UNTERWEGS

YAD VASHEM - MAHNUNG UND VERPFLICHTUNG

Ansprache des Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion Björn Thümler am 29. April 2015 im Museum zur Geschichte des Holocausts „Yad Vashem" in Jerusalem

„Wir alle stehen noch unter dem Eindruck dessen, was wir gerade gesehen und gehört haben: Die Dokumentation des grausamen Versuchs der Nationalsozialisten, jüdisches Leben in Deutschland, in Europa auszulöschen.

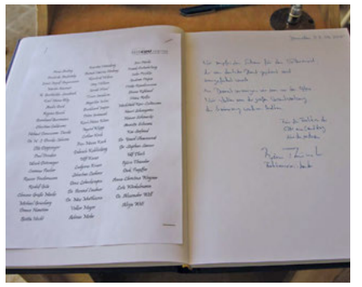
Wenn man die „Halle der Namen" verlässt, ist man ein anderer Mensch. Und man stellt sich unweigerlich die Frage: Wie kann es sein, dass Menschen zu solch unvorstellbaren Grausamkeiten fähig waren?
Wir empfinden Scham für das, was von deutscher Hand geplant und ausgeführt wurde und zu verantworten ist. Wir verneigen uns in Demut vor den Opfern.

In diesen Tagen finden in Deutschland und in Niedersachsen viele Gedenkveranstaltungen anlässlich des 70. Jahrestags des Kriegsendes statt. Dabei treffen sich die Menschen auch, um an die Befreiung der Konzentrationslager zu erinnern – darunter das im heutigen Niedersachsen gelegene Bergen-Belsen.

Bergen-Belsen ist wie Auschwitz ein Symbol in der Welt für den Völkermord an den jüdischen Mitbürgern - ein Symbol der Auslöschung jüdischer Gemeinden und die versuchte Vernichtung jeglicher Spur jüdischen Lebens.

Bis zur Befreiung des KZ Bergen-Belsen am 15. April 1945 durch britische Truppen waren durch Seuchen und Hunger mehr als 38.000 Häftlinge ums Leben gekommen. Aber auch die Befreier konnten nicht verhindern, dass von Mitte April bis Ende Juni 1945 noch einmal 14.000 der Befreiten zu Tode kamen – als Folge der unmenschlichen Haftbedingungen. Hinzu kommen rund 20.000 Todesopfer unter den Kriegsgefangenen allein in Bergen-Belsen.
Heute erinnert dort eine Gedenkstätte an das unmenschliche Leid.

Gedenkstätten wie Yad Vashem und Bergen-Belsen sind zentrale Orte der Erinnerung und des Gedenkens an die Opfer.



„Wir empfinden Scham für den Völkermord, der von deutscher Hand geplant und ausgeführt wurde. In Demut verneigen wir uns vor den Opfern. Wir stellen uns der großen Verantwortung, die Erinnerung wach zu halten." – so lautet der Eintrag der CDU-Landtagsfraktion im Gästebuch Yad Vashems.

Es ist das große Verdienst dieser Gedenkstätten, dass sie so vielen Opfern der Nationalsozialisten die Anonymität nehmen. Millionen Ermordeter erhalten so ihre Namen, ihre Gesichter, ihre Biografien zurück. Moderne Medien machen es möglich, dass wir Anteil nehmen können an ihrem Schicksal.

Yad Vashem ist Mahnung und Verpflichtung, dass wir uns auch in Niedersachsen unserer besonderen Verantwortung stellen:

Wir müssen an die Gedenkstättenarbeit mit großer Ernsthaftigkeit herangehen. Wir müssen unsere Bemühungen noch einmal intensivieren, um diese besondere Erinnerungskultur auch für nachfolgende Generationen zu bewahren. Wir müssen alles dafür tun, dass Geschichte sich nicht wiederholt.

Jüdisches Leben sollte ausgelöscht werden - aber das Leben hat über den Tod gesiegt. Heute leben wieder sehr viele jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger in Deutschland und Niedersachsen. Sie sind eine Bereicherung für unsere Gesellschaft.

Antisemitismus und Fremdenhass dürfen keinen Platz in unserer Gesellschaft haben. Unser Engagement muss immer weitergehen. Die Erinnerung darf niemals enden!



„Die Erinnerung darf niemals enden!", mahnte Fraktionschef Björn Thümler bei seiner Ansprache vor der „Säule des Heldentums".



Stellvertretend für die Fraktion legten Fraktionschef Björn Thümler und Landtagspräsident Bernd Busemann einen Kranz in der Gedenkhalle des Museumskomplexes nieder – im Gedenken an die Millionen jüdischen Opfer des Holocaust.



Auch im „Tal der Gemeinden" legte die Fraktion einen Kranz nieder. Auf insgesamt 107 Felswänden wurden dort die Namen der jüdischen Gemeinden eingemeißelt, die im Holocaust zerstört wurden oder ihn nur knapp überlebt haben.

KLARTEXT:

TERROR VOR DER HAUSTÜR

Von Angelika Jahns



Angelika Jahns, MdL – innenpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion

Wer ist der Tatverdächtige, der im Februar hunderttausende Menschen in Braunschweig in Angst versetzt hat und wo ist er jetzt? Auch drei Monate nach der Absage des Karnevalsumzugs und der inzwischen erfolgten Einstellung der Ermittlungen gibt es mehr Fragen als Antworten. Inzwischen deutet sogar einiges darauf hin, dass es sich um einen Fehlalarm gehandelt gehandelt haben könnte. Niedersachsens Sicherheitsbehörden sprechen deshalb weiterhin von einer „abstrakten" Bedrohung durch salafistischen Terrorismus – eine reale Gefahr gebe es nicht. Dennoch wäre es verhängnisvoll jetzt in der Aufmerksamkeit nachzulassen.

Dass aus einer „abstrakten" Bedrohung schnell eine reale Gefahr werden kann, zeigen auch die Vorfälle rund um das Frankfurter Radrennen. Der Umstand, dass es sich bei dem tatverdächtigen Ehepaar nicht um Kriegsheimkehrer aus Syrien oder Irak, sondern um bislang unauffällig lebende Menschen handelt, macht deutlich: Eine abstrakte Bedrohung ist gefährlicher, als es der Begriff vermuten lässt. Nur einer aufmerksamen Augenzeugin und einigen glücklichen Umständen ist es scheinbar zu verdanken, dass aus einer Großveranstaltung kein Blutbad geworden ist. Es darf aber keine Sache von Glück und Zufall sein, dass Terrorismus verhindert wird.
Egal ob „abstrakt" oder „real" – der Fall Frankfurt führt uns in beängstigender Weise vor Augen, dass die Gefahr durch salafistisch-motivierten Terror inzwischen in Deutschland gegenwärtig und praktisch an der Haustür angekommen ist. Daran, dass das Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung erschüttert ist, ändern auch verklausulierte Begriffe und Behördendeutsch nichts.

Auch für Niedersachsen gilt: Die Sicherheitslage bleibt angespannt. Dennoch dürfen wir nicht in Hysterie verfallen. Wir brauchen umgehend ein Sicherheitskonzept, das auf die aktuelle Lage zugeschnitten ist. Das jüngst von Rot-Grün eingeführte Präventionsprogramm gegen salafistische Radikalisierung greift zu kurz: Zu wenig Mittel, zu wenig Personal - und das alles viel zu spät.
Salafistische Radikalisierung nur verhindern zu wollen, reicht nicht aus. Inzwischen haben dutzende Menschen Niedersachsen verlassen, um sich dem IS anzuschließen.

Wahrscheinlich sind bereits acht der 15 aus Wolfsburg stammenden Terrorkämpfer bei Angriffen und Anschlägen umgekommen.

Dass Niedersachsen auf diese Weise Terrorismus exportiert, ist unerträglich. Die rot-grüne Landesregierung darf nicht weiter tatenlos zusehen, nachdem sie entsprechende Präventionskonzepte der CDU-geführten Landesregierung ersatzlos gestrichen hat. Damit hat sie die Ausreise von radikalen Terrorkämpfern in unverantwortlicher Weise erleichtert. Dass nicht einmal die Zahl der Kämpfer, die aus Niedersachsen stammen, exakt ermittelt werden kann, ist dafür ein beunruhigender Beleg.

Spätestens, wenn einige dieser sogenannten Gotteskrieger nach Niedersachsen zurückkehren, muss es ihnen unmöglich gemacht werden, unerkannt unterzutauchen. Mit jedem Rückkehrer steigt die „abstrakte" Gefahr. Auf der anderen Seite gibt es unter den Heimkehrern auch diejenigen, die schwer traumatisiert und desillusioniert eine Abkehr vom IS suchen. Für diese Menschen muss endlich ein geeignetes Aussteigerprogramm angeboten werden, wie etwa in Nordrhein-Westfalen und Bremen. Die rot-grüne Tatenlosigkeit in dieser Frage schafft Nischen, in denen sich radikalisierte Menschen unkontrolliert in unserer Gesellschaft bewegen können. Wenn die Terrorangst nicht unseren Alltag bestimmen soll, darf die Politik im Kampf gegen den Terror nicht nachlassen - wir müssen wachsam bleiben, damit aus der abstrakten Bedrohung keine reale Gefahr wird.

INTERVIEW

CDU-FRAKTIONSVORSTAND IM AMT BESTÄTIGT – FRAKTIONSCHEF BJÖRN THÜMLER IM GESPRÄCH



Björn Thümler, MdL – Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion

Bei der turnusmäßigen Vorstandswahl haben die Abgeordneten der CDU-Landtagsfraktion am 11. Mai ihre Fraktionsspitze im Amt bestätigt. Der Fraktionsvorsitzende Björn Thümler wurde mit 92,1 Prozent der Stimmen im Amt bestätigt. Im Interview spricht er über Kontinuität in der Vorstandsarbeit und die wichtigsten Aufgaben der CDU-Fraktion auf dem Weg zur kommenden Landtagswahl.

Die Abgeordneten der CDU-Fraktion haben Sie mit einem klaren Votum erneut zum Fraktionsvorsitzenden gewählt. Wie wichtig ist Ihnen dieses eindeutige Wahlergebnis?

Thümler: Ich freue mich über den klaren Auftrag meiner Kolleginnen und Kollegen, die Fraktion zur kommenden Wahl zu führen. Das zeigt mir, dass wir uns nicht nur gut in die Oppositionsarbeit eingefunden haben, sondern uns auch auf dem richtigen Weg befinden, nach der kommenden Wahl wieder zu regieren.

Sie führen die CDU-Fraktion bereits im fünften Jahr. Worin liegt für Sie der Reiz dieser Aufgabe?

Thümler: Zuallererst war und ist die CDU-Fraktion die treibende politische Kraft im Niedersächsischen Landtag. In der Schulpolitik haben wir beispielsweise mit unserem Grundsatzpapier „Im eigenen Tempo zum Abitur" einen praktikablen Ansatz für eine echte Wahlfreiheit zwischen dem G8 und dem G9 geschaffen. Wir geben auch aus der Opposition heraus entscheidende Impulse für die Landespolitik. Mein persönlicher Ansporn und das Ziel der gesamten Fraktion ist es, dass wir das so schnell wie möglich wieder von der Regierungsbank aus tun.

Ihre bisherigen Stellvertreter und auch die Sprecher der Arbeitskreise wurden im Amt bestätigt. Wie wichtig ist diese Kontinuität für die Arbeit der CDU-Fraktion?

Thümler: Ich denke, es ist ein wichtiges Signal, dass die bisherige Fraktionsspitze ihre erfolgreiche Arbeit fortsetzen kann. Im Gegensatz zu den Regierungsfraktionen demonstriert dieses Ergebnis Einigkeit statt Grabenkämpfe, wie sie bei SPD und Grünen immer wieder zu beobachten sind. Im Fraktionsvorstand und auch in den Arbeitskreisen arbeiten Abgeordnete, die durchweg Experten in ihrem Fachgebiet sind. Als Fraktion haben wir es gemeinsam geschafft, die Regierung Weil bei zahlreichen Fehltritten und Wortbrüchen zu stellen und eigene Schwerpunkte in der Landespolitik zu setzen. Diese erfolgreiche Arbeit werden wir fortsetzen.

Neben Ihrer Arbeit als Fraktionsvorsitzender sind Sie auch Oppositionsführer im Niedersächsischen Landtag. Was ist in dieser Position die größte Herausforderung?

Thümler: Inzwischen muss klar gesagt werden, dass die CDU-Fraktion in vielen Bereichen die Arbeit der Landesregierung macht. Mit Grundsatzpapieren zu den Themen Inklusion und der Zukunft kleiner Grundschulen und eigenen Gesetzentwürfen, wie dem zur Einführung einer Schuldenbremse in der Niedersächsischen Verfassung, haben wir bewiesen: Wir kritisieren nicht nur, sondern bieten eine echte inhaltliche Alternative an. Die Regierung Weil hingegen genügt sich selbst und verwaltet das Land lediglich – und selbst das gelingt ihr nicht wirklich. Wir müssen Rot-Grün über Anträge und Anfragen im Landtag förmlich dazu zwingen, so etwas wie Regierungshandeln zu zeigen. Dass sich SPD und Grüne regelmäßig über diese Anträge und Anfragen beschweren zeigt, dass sie mit der Führung der Landesregierung schlichtweg überfordert sind.

Was sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten Aufgaben für die Fraktion bis zur nächsten Landtagswahl?

Thümler: Wir müssen weiter konsequent zeigen, dass wir die bessere Wahl für Niedersachsen sind und weiter auf die zahlreichen Schwächen und Fehler der rot-grünen Regierung aufmerksam machen. Im Fall der von SPD und Grünen immer wieder gebetsmühlenartig angekündigten Transparenz und Offenheit gegenüber dem Bürger ist uns das bereits vielfach gelungen, etwa in der Paschedag-Affäre, im Fall Ritterhude und beim Schulgesetzentwurf. Die Regierung Weil arbeitet nicht transparent und will das offenbar auch nicht. Sie ist bedauerlicherweise vor allem von der eigenen Ideologie geleitet und nicht vom Willen der Wähler.

AUS DEM PARLAMENT

TARNEN, TÄUSCHEN UND VERTUSCHEN: DAS SYSTEM WEIL

Landesregierung zieht keinerlei Konsequenzen aus der Paschedag-Affäre

Was mit einem zu großen Dienstwagen begonnen hat, weitete sich für Rot-Grün wenige Monate nach Amtsantritt zur ersten handfesten Regierungskrise aus. Die Regierung Weil hat in der Affäre Paschedag-Meyer-Weil gegen die Rechte des Parlaments verstoßen und bewusst die Öffentlichkeit getäuscht. Zu diesem Ergebnis kommen die Landtagsfraktionen von CDU und FDP nach Abschluss des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses (PUA). Ihre Forderung: Ministerpräsident Weil muss den verantwortlichen Landwirtschaftsminister Meyer entlassen. Von einem Eingeständnis eigener Fehler ist Rot-Grün jedoch weit entfernt.

Untersuchungsausschuss enttarnt Täuschungen und Vertuschungsversuche der Landesregierung

„Die Regierung Weil hat in der Paschedag-Affäre systematisch die Öffentlichkeit getäuscht und versucht, ihr rechtswidriges Vorgehen zu vertuschen", sagt der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion, Jens Nacke. „Die Affäre ist aber auch ein Lehrstück dafür, dass sich kein Skandal verheimlichen lässt – selbst wenn die Anweisung dazu von ganz oben kommt."
Aus den Akten der Landesregierung werde deutlich, dass Ministerpräsident Weil und Minister Meyer frühzeitig Kenntnis von der rechtswidrigen Dienstwagenbeschaffung Paschedags gehabt hätten. „Doch statt den Fehler öffentlich einzugestehen und für klare Verhältnisse zu sorgen, verabredeten sich Weil und Paschedag auf ein wording, das den Ministerpräsidenten aus der Affäre heraus halten sollte", so Nacke. „Gleichzeitig ließ Minister Meyer seinen Staatssekretär gewähren und informierte die Presse bewusst falsch." Wider besseres Wissen habe Meyer mitteilen lassen, dass nicht gegen die Dienstwagenrichtlinie verstoßen worden sei. Diese Vorgänge des Tarnen, Täuschens und Vertuschens sind für Nacke symptomatisch für das „System Weil".

Affäre ohne Konsequenzen – „System Weil" wird fortgesetzt

Um dieses System zu stoppen und die Affäre Paschedag zu beenden, forderte die CDU-Fraktion gemeinsam mit der FDP die Landesregierung auf, Konsequenzen zu ziehen und den Landwirtschaftsminister zu entlassen. „Es ist offensichtlich, dass Meyer nur wegen der rot-grünen Ein-Stimmen-Mehrheit noch im Amt ist. Wenn die Regierung aber tatsächlich zu einem glaubhaften Umgang mit Öffentlichkeit und Parlament gelangen will, darf sie nicht diejenigen in ihren Reihen schützen, die der Glaubwürdigkeit der Landesregierung schweren Schaden zugefügt haben", sagt Nacke.

Stattdessen lehnte Rot-Grün den Antrag im Mai-Plenum ab und wies jedes Fehlverhalten von sich, ohne sich mit den Ergebnissen der Beweisaufnahme ernsthaft auseinanderzusetzen. Nacke: „Rot-Grün hat immer wieder auf die Aussagen von Regierungsmitgliedern im Untersuchungsausschuss verwiesen, die durch die Unterlagen der Regierung bereits widerlegt worden sind. Etwas Falsches wird aber nicht zur Wahrheit, nur weil man es pausenlos wiederholt – es wird Zeit, dass Rot-Grün das endlich begreift."

Wie weit die Regierung Weil von dieser Erkenntnis entfernt ist, zeigen weitere Affären – so zum Beispiel der Fall Ritterhude. „Auch hier lässt der Ministerpräsident zu, dass sein Chef der Staatskanzlei die Öffentlichkeit über seine Beteiligung im Unklaren lässt, obwohl er als Baudezernent und Landrat die direkte Verantwortung getragen hat", betont Nacke. „Das System Weil greift weiter um sich."



Jens Nacke, MdL – Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion

TERMINE

3. – 5. Juni
Plenarsitzung des Niedersächsischen Landtags

9. Juni
Expertengespräch der CDU-Landtagsfraktion zu Antibiotikaresistenzen

14. – 15. Juni
Tagung der hochschulpolitischen Sprecher der Fraktionen von CDU und CSU 2015 in Hannover

IMPRESSUM

Herausgeber:
CDU-Fraktion
im Niedersächsischen Landtag
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
www.cdu-fraktion-niedersachsen.de

Verantwortlich:
Jens Nacke MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Redaktion:
Anna Anding
Dr. Eike Frenzel
Sabine Busse
Philip Ossenkopp
Telefon (05 11) 3030-4119

bl@cdu-fraktion-niedersachsen.de

Die Fraktion auf Facebook
http://www.facebook.com/CDU.LtFraktion.Nds